



vorwärts

HAMBURGER KURS

KRISE DER HSH NORDBANK –

„Anteilseigner müssen freiwillig auf Ausschüttung verzichten!“

Die Krise der HSH Nordbank nimmt immer bedrohlichere Ausmaße an. Schwindelerregende Summen von Milliardenverlusten der Bank werden bekannt. Über 1000 Menschen verlieren ihre Arbeit. Hamburg rutscht noch tiefer in die roten Zahlen. – Und die Bank beschließt, 200 Millionen Euro an Anleger auszuschütten. CDU und GAL bemühen sich, diesen Skandal kleinzureden. CDU-Bürgermeister von Beust und CDU-Finanzsenator Freytag beilehen sich zu erklären, sie hätten von all dem nichts gewusst. „Asozial“ sei das und eine „unglaubliche Erpressung“, so die SPD. Nach Ansicht des SPD-Fachspechters für Haushaltspolitik, Peter Tschentscher, habe die Bank nur „die Wahl zwischen Pest und Cholera“. Er appellierte an die Anteilseigner, freiwillig auf die Ausschüttung zu verzichten. Dem Hamburger Senat warf Tschentscher in der Informationspolitik eine Salamiaktik vor: „Er informiert die Öffentlichkeit immer nur über das, was bereits in der Zeitung steht. Wie er es etwa bei den Stellenstreichungen und immer größeren Finanzlöchern bei der Bank getan hat.“

Und so kommt immer mehr ans Tageslicht. Beispielsweise, dass der Senat sogar darüber nachgedacht hat, das städtische Wohnungsunternehmen SAGA/GWG zur Sanierung der HSH Nordbank zu verpfänden. „Ein Alarmsignal“, so SPD-Fraktionschef Michael Neumann. „Bürgermeister von Beust und die CDU haben in der Vergangenheit ihr Wort gegeben, dass die Mieter von SAGA/GWG keine Angst um ihre Wohnungen haben müssen. Wenn aber jetzt entsprechende Überlegungen im Rathaus angestellt werden, sagt das auch etwas über die Glaubwürdigkeit der Akteure im Rathaus aus.“ Der SPD-Finanzexperte Tschentscher bezeichnete es als „vielsagend“, dass die



SPD-Haushaltsexperte Peter Tschentscher



SPD-Fraktionsvorsitzender Michael Neumann

CDU bei finanziellen Problemen immer wieder an die städtischen Wohnungsbaununternehmen denke. „Die Mieter haben zuletzt über das Sonderinvestitionsprogramm des Senats Prestigeprojekte der CDU-Alleinregierung finanzieren müssen. Wir werden nicht zulassen, dass der Senat jetzt ein weiteres mal Politik zu ihren Ungunsten macht.“

Gleichzeitig nimmt die Kritik am Umgang des Senats mit der Krise der HSH Nordbank nicht ab. „Finanzsenator Freytag hat die HSH Nordbank noch im Oktober vergangenen Jahres öffentlich als „im Kern gesunde Bank“ bezeichnet. Der Senat hat auf die relevanten Fragen zur Entwicklung der HSH Nordbank nicht oder nicht richtig geantwortet“, sagte Tschentscher. Dazu passt, dass der Aufsichtsratsvorsitzende – der ehemalige Schatzmeister der CDU und Freytags Amtsvorgänger Peiner – nicht einmal mehr an sein Telefon geht. ■

„LOKI SCHMIDT WAR EINE PÄDAGOGIN, DIE ICH GERN ALS LEHRERIN GEHABT HÄTTE...“

Mit der Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Hannelore Schmidt



würdigt Hamburg aus Sicht von SPD-Fraktionschef Michael Neumann auch die Verdienste, die sich die Frau des ehemaligen Bundeskanzlers als Lehrerin und Pädagogin erworben hat. Ihre pädagogischen Fähigkeiten - verknüpft mit ihrer Beharrlichkeit - seien Voraussetzungen dafür gewesen, dass sie auch als Naturschützerin erfolgreich arbeiten konnte, sagte der SPD-Fraktionschef am Mittwoch: „Die großartige Naturschützerin Loki Schmidt ist auch die großartige Lehrerin Loki Schmidt.“

Ihre Arbeit als Lehrerin sei durch ihre Erfahrungen in ihrer Schulzeit geprägt gewesen, sagte Neumann. Als Schülerin der reformpädagogischen Grundschule habe sie erfahren, was „Reform“ bedeute: „Koedukation, Verbot der Prügelstrafe, kein Sitzenbleiben und die Elternmitwirkung am Schulleben.“ Reform bedeute „die Erziehung zu Toleranz, die Erziehung, ein Individuum zu entwickeln mit eigenen Vorstellungen und Ideen, sich aber dennoch in das Gemeinsame einzupassen“. Loki Schmidt habe früh die Prinzipien eines guten Unterrichts entdeckt - die Förderung des selbstständigen und praktischen Lernens und die Verstärkung durch musisch-ästhetische Inhalte. Neumann verwies auf Schmidts Buch „Mein Leben für die Schule“, mit dem sie ihre Ziele und Ideale als Lehrerin beschreibt - und zitierte abschließend einen anderen Ehrenbürger Hamburgs, Siegfried Lenz: „Loki Schmidt war eine Pädagogin, die ich gern als Lehrerin gehabt hätte...“



HAMBURGS EUROPAKANDIDAT UNTERWEGS!

Terminübersicht Knut Fleckenstein



Datum	Uhrzeit	Veranstaltung	Ort
27.03.09	20.00	Wahlkampf-Auftakt-Party der Jusos	„Haus 73“, Schulterblatt 73
1. 04.09	9.30-11.30	The-Men-Frühstück: „Was hat Barmbek mit Brüssel zu tun?“	Barmbek, Haferkamp 14 (bitte Anmelden unter Tel.: 40 18 97 00)
2. 04.09	20.00	Wahlkreisveranstaltung im WK 15 (Bergedorf) mit Hans-Ulrich Klöse, MdB	Bergedorf, Gewerkschaftszentrum, Serrahnstrasse 1
3. 04.09	19.00	Auftaktveranstaltung Europa-Wahlkampf	FABRIK, Barnerstraße 36
8. 04.09	Ab 18.00	Wahlkreisveranstaltung im Wahlkreis 14 (Rahlstedt)	Rahlstedt, Gaststätte Meierendorfer Sportverein, Deepenhorn 5
15.04.09	15.00	Gemeinsame Mitgliederversammlung AWO Rothenburgsort / SoVD Hamburg-Mitte	Rothenburgsort, Rothenburgsorter Marktplatz 5

Alle Termine sind öffentlich und können besucht werden.





GLAUBWÜRDIGKEIT IN ZEITEN GROßER UNSICHERHEIT - Was Politik gerade in Krisenzeiten leisten muss

Liebe Genossinnen und Genossen,

Seit nunmehr fast einem halben Jahr erleben wir die Auswüchse einer Finanz- und Wirtschaftskrise, wie wir sie seit den 20er und 30er Jahren des letzten Jahrhunderts nicht mehr erlebt haben. Die anfängliche Hoffnung, die Krise würde uns nicht allzu hart treffen, weil sich ja alles „sehr weit weg abspielt“, hat sich binnen weniger Tage zerschlagen. Die Wirtschaftskrise ist da, und am Beispiel der in schwere See geratenen Landesbank von Hamburg und Schleswig-Holstein, der HSH Nordbank, erleben wir hautnah in Hamburg, dass mehr denn je die Politik gefragt ist, schnell, konsequent und vereint zu handeln.

Die politisch Handelnden müssen mit dem Vertrauen, das in sie gesetzt wird, sehr sorgsam umgehen. Vertrauen ist eines der wertvollsten Güter in der Demokratie. Die Menschen, die Angst um ihre Arbeitsplätze haben, müssen wissen, ob die Maßnahmen auf Grundlage einer inneren Überzeugung getroffen werden oder ob sie eher einer aus der Not geborenen Beliebigkeit entspringen.

Wenn man in diesen Tagen von Bürgermeister von Beust hört, dass der ungezügelter Markt wohl nun doch nicht sich selbst reguliert, man also umsteuern müsse, dann kommt diese Erkenntnis reichlich spät. Vorher hatte die CDU und auch der Bürgermeister uns Sozialdemokraten stets vorgehalten, wir würden durch Regeln dafür sorgen, dass sich der Markt nicht richtig entwickeln kann. Man sollte alle die Jahre (und Wahlkämpfe), in denen die CDU nie müde wurde, alle, die vor dem ungezügelter Markt gewarnt hatten, als rote Socken oder Kommunisten zu beschimpfen, nicht einfach vergessen. Und Ole von Beust war immer Bestandteil dieser Kampagnen und hat sie mitgetragen.

Marktradikalität, Abschaffung Kündigungsschutz – der Leipziger CDU-Parteitag

Noch 2005, wir erinnern uns an den Leipziger CDU-Parteitag und an einen Finanzministerkandidaten Paul Kirchhoff, war Marktradikalität, die Abschaffung von Kündigungsschutz und Tarifverträgen das, was die CDU mit der FDP zusammen durchsetzen wollte. Lediglich die Große Koalition und die Sozialdemokraten verhinderten, dass es zu dieser Entwicklung kam.

Und vor diesem Hintergrund fragt sich, wie ehrlich ist denn die plötzliche Einsicht des Bürgermeisters und vor allem wie nachhaltig ist sie. Reicht sie sie über den Wahltag des 27. September 2009 hinaus, oder ist man schnell wieder beim freien Spiel der Kräfte, wenn es für Schwarz-Gelb in Berlin reichen sollte. Diese Probe seiner neuen Erkenntnis steht Herrn von Beust eventuell noch bevor.

Und ist das, was der Bürgermeister in Fragen der Finanzordnung uns erzählt, nicht schon bei anderen Themen bei ihm zu beobachten gewesen? Ist hier nicht ein Wiedergänger am Werk?

War es nicht Ole von Beust, der plötzlich das Er-

weckungserlebnis des Klimaschutzes hatte, nachdem er den Film von Al Gore gesehen hatte? War es der Film oder bloß die Erkenntnis, dass man eventuell die Stimmen der Grünen bräuchte, um Bürgermeister zu bleiben?

Gleichzeitig schaffte der Oberklimaschützer Fakten, indem er Verträge mit Vattenfall über ein Kohlekraftwerk schloss, aus denen die Stadt jetzt, trotz Regierungsbeteiligung der Grünen, nicht mehr heraus kommt.

Und sehen wir nicht ähnliche Verhaltensreflexe in der Bildungspolitik? War es nicht die Hamburger CDU, die im Wahlkampf die Ängste der Eltern mit der falschen Behauptung, wir Sozialdemokraten würde die Gymnasien schließen, versucht hat zu benutzen?

Ich erinnere mich genau, dass es nur einen einzigen Tag der Koalitionserhandlungen mit den Grünen gedauert hat, bis die sechsjährige Grundschule als Primarschule und die Abschaffung des Elternrechts beschlossene Sache war. Mit all den Nebenwirkungen, die diese über das Knie gebrochene Reform noch mit sich bringen wird. Leidtragende werden die Schüler und Eltern sein. Der Bürgermeister aber hatte auch hier wieder eine Erkenntnis, nämlich das gemeinsame längeres Lernen europäischer Standard sei. Richtig, aber trotzdem wurde das von der CDU und von Ole von Beust vorher immer abgelehnt und verteuelt.

Taktik oder Kalkül? Die Glaubwürdigkeit des Bürgermeisters

Wie glaubwürdig ist ein Bürgermeister, der immer dann besondere Erkenntnisse hat, wenn es ihm nützt, weil es zu einem neuen Koalitionspartner verhilft oder überhaupt die Koalition möglich macht, wie in der Schulfraage. Oder wenn es gerade in der Gesellschaft dem Mainstream entspricht und man sich dann an die Spitze der Bewegung setzen kann. Wie glaubwürdig ist, dass der Bürgermeister Privatisierungen plötzlich kritisch sieht, der als Regierungschef das Tafelsilber der Stadt angefangen bei den Krankenhäusern, über die HHLA, die letzten 25,1 Prozent der HEW bis hin zu riesigen Immobilienpaketen verscherbelt hat?

Da sind mir dann die Christdemokraten lieber, die jetzt angesichts der Bürgermeister-Außerungen einfordern, man möge sich an die Grundsätze der Marktwirtschaft erinnern. Ehrlicher sind sie allemal.

Euer

Ingo Egloff

Ingo Egloff



WÄHLEN GEHEN! HAMBURG WÄHLT EUROPA.

Europa-Union startet Kampagne zur Europawahl

Die überparteiliche Europa-Union Hamburg hat sich zum Ziel gesetzt, eine Trendwende bei der Wahlbeteiligung herbeizuführen. Bei den Europawahlen ist die Wahlbeteiligung seit langem rückläufig und hat 2004 einen historischen Tiefstand erreicht. „Europäische Politik bestimmt das Leben stärker als viele Menschen glauben. Insofern ist die Wahrnehmung des Wahlrechts erste Bürgerpflicht“, so der Landesvorsitzende Thomas Stöltzing (SPD). „Es geht bei der Europawahl um eine Richtungsentscheidung, die die Wählerinnen und Wähler treffen müssen.“

Unterstützt wird Aufruf bisher von SPD, CDU, GAL, FDP, dem DGB, Bischöfin Jepsen, Erzbischof Thissen, dem Hamburger Sportbund, dem Landesfrauenrat, dem AstA der Uni Hamburg, Europastaatrat Lüdemann und zahlreichen anderen Personen und Organisation. Der Aufruf wird während des Wahlkampfes von der Europa-Union bei zahlreichen Gelegenheiten verteilt.

SABINE STEPPAT

Die Ersatzkandidatin für Europa

Im Juli letzten Jahres wurde Sabine Steppat (52) auf dem Landesparteitag zur Hamburger Ersatzkandidatin für Knut Fleckenstein für die Europawahl am 7. Juni 2009 nominiert.

Steppat ist seit 29 Jahren Mitglied der SPD, sie ist verheiratet und hat zwei Kinder.



Sabine Steppat

In Hamburg studierte sie Politikwissenschaft, am Europa-Kolleg in Brügge erwarb sie ein Diplom in Europäischen Studien. Seit 13 Jahren ist sie als Redakteurin bei der Zeitschrift für Politikwissenschaft tätig.

„Fast so lange wie meine SPD-Mitgliedschaft dauert die in der Europa Union Hamburg“, sagte Steppat. 1984 erhielt sie von der Töpfer-Stiftung die Robert-Schuman-Medaille für ihr Eintreten für den Integrationsprozess. „Viel Spaß macht es mir, im Wahlkampf mit den Menschen am Infostand in Kontakt zu kommen“, erklärte Steppat mit Blick auf den anstehenden Europawahlkampf.

Das Thema Europa und die Begeisterung für den europäischen Integrationsprozess, habe sie seit ihrer Schulzeit begleitet. „Die Europäische Union steht für eine einzigartige Erfolgsgeschichte auf der politischen Weltbühne. Europa darf kein Elitethema bleiben. Wichtig ist es daher, Schritte zu unternehmen, die die Identität der Bürger mit der Europäischen Union stärken. Gelingen kann dies durch eine Politik, die es sich stärker als bisher zur Aufgabe macht, die soziale Gerechtigkeit in der EU zu fördern.“





ZWEITER PREIS FÜR DAS ZENTRALE SPD-BÜRGERBÜRO

Von Johannes Müllner

Das Zentrale SPD-Bürgerbüro unserer Landesorganisation wird im Mai dieses Jahres 18 Jahre alt. Das ist ein beachtlicher Zeitraum mit einer stolzen Bilanz. Rund 20 Genossinnen und Genossen – sieben davon sind seit 1991 dabei – ge-

hören dem ZBB - Team an, das sich allen Fragen der Ratsuchenden stellt und versucht, eine Lösung für die persönlichen Probleme zu finden.

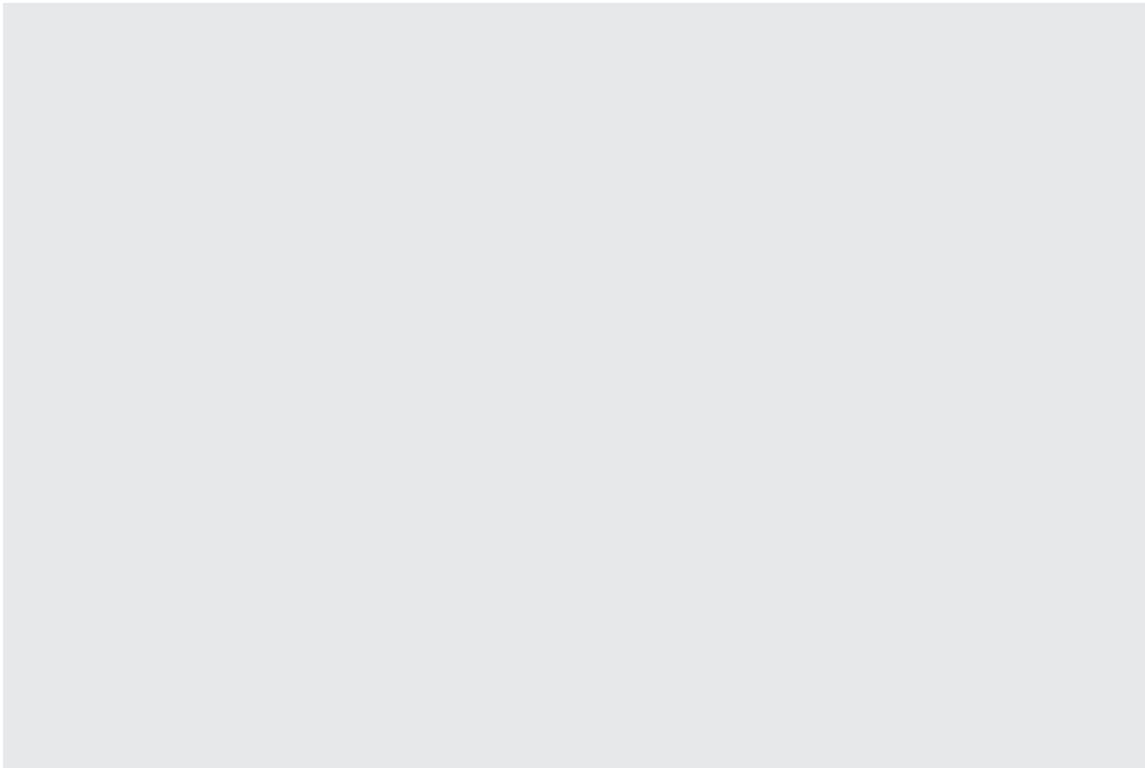
Unser Zentrales SPD-Bürgerbüro in Hamburg ist fester Bestandteil der Parteiarbeit und aus der Landes-

organisation nicht mehr wegzudenken. Wir erleben politische Höhen und Tiefen hautnah durch den direkten Kontakt zu den Menschen und müssen uns schnell auf neue politische Gegebenheiten im Stadtstaat Hamburg einstellen. Es ist wirklich faszinierend, mit welchem Optimismus und welcher Standfestigkeit die Genossinnen und Genossen im ZBB-Team ihre schwierige Aufgabe bewältigen. Deshalb war es für uns selbstverständlich, am bundesweiten Wettbewerb der SPD – Bürgerbüros teilzunehmen.

Am 3. Dezember 2008 war es so weit. Das Zentrale SPD-Bürgerbüro in Hamburg erhielt einen zweiten Preis. Darauf sind wir stolz. Diese Auszeichnung ist gleichzeitig ein Ansporn für unser weiteres Engagement. Wir verbinden diese kurze Schilderung mit einer dringenden Bitte: Verstärkt die Information über das Zentrale SPD-Bürgerbüro. Es ist ein wirkungsvolles Beratungsangebot unserer Hamburger Partei an alle, die Rat und Hilfe brauchen. Nutzt dafür auch unsere ZBB-Flyer, die wir den Distrikten und Kreisen gern zusenden. Das ZBB ist an jedem Dienstag, Mittwoch und Donnerstag in der Zeit von 14 bis 16 Uhr unter 28 08 48 32 zu erreichen. Die E-Mail - Adresse lautet: buergerbueero-hamburg@spd.de.



Das Team des Bürgerbüros. vlnr: Johannes Müllner, Gunnar Bartosch, Helmut Behnke, Ursel Preuhs, Claus Passehl, Ingrid Wietzer, Jürgen Sobisch, Hannelore Krüger, Gerhard Blutka, Günther Sieck, Erika Schmidt-Haberlandt, Hans Heinrich Drost, Rolf Gollnek. Nicht im Bild: Karl-Heinz Bahr, Ernst Bange, Günther Grothe, Walter Heiss, Anna-Maria Klein, Emmerich Smodisch, Hans Heinrich Weber.



Gesellschaft des längeren Lebens:

DIE AG 60 PLUS IN DER SPD

Von Rudolf Herbers

Sie ist die größte Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten und sicher eine der ganz aktiven, die AG SPD 60 plus. In diesem Jahr besteht sie fünfzehn Jahre. Gegründet hat man sie wohl mit dem Gedanken an Traditionen. Statt dessen steht 60 plus heute mitten im aktuellen politischen Geschehen. Seit Jahren bestätigt jede Wahl deutlicher die entscheidende Bedeutung der erfahrenen Jahrgänge. Schon wegen ihrer Zahl. Sie stellen bald ein Drittel der Wahlberechtigten. Aber auch wegen ihres fleißigen Wählens. Sie haben ihr politisches Urteil in spannenden Jahren gebildet, in denen Engagement selbstverständlich war. Deshalb nehmen sie ihr Wahlrecht ernster als andere Altersgruppen. Wahlen kann die SPD auf allen Ebenen nur noch mit den Stimmen der Generation 60 plus gewinnen.

Nach Satzung soll die Arbeitsgemeinschaft die ältere Generation in der Partei und die Partei in der älteren Generation vertreten. In der SPD wirbt 60 plus dafür, das ältere Wählerdrittel mit seinen Bedürfnissen so ernst zu nehmen, wie etwa die jungen Jahrgänge oder die im Beruf arbeitenden. Zwischen dem letzten Jahrzehnt im Beruf, in dem der Staat beim Schritthalten helfen muss, und dem Ende der Arbeitszeit liegen bis zur Hilfsbedürftigkeit Hochbetagter mehr als zwanzig Lebensjahre. Sie human und sozial und sinnvoll zu gestalten, ist eine der ganz großen politischen Herausforderungen unserer Zeit, groß und Wahlen entscheidend.

Bei den Gleichaltrigen in der Bevölkerung wirbt die Arbeitsgemeinschaft für die SPD als Garant des friedliebenden, gerechten, solidarischen und die Generationen verbindenden Sozialstaats. Vor den Wahlen dieses Jahres wird man in Hamburg wieder viele 60 plus Teams im Einsatz sehen. Aber auch da,



Der Vorstand der AG 60plus mit Bundesarbeitsminister Olaf Scholz

wo 60 plus nicht als Veranstalter erscheint, tragen heute Frauen und Männer in sogenanntem Ruhestand einen wesentlichen Teil des Parteilebens.

In der Bundesorganisation der SPD-Senioren zählt die Hamburger AG 60 plus zu den Aktivposten. Unser früherer Bürgermeister und heute für sein außerpolitisches Engagement bekannte Hans-Ullrich Klose hat die Arbeitsgemeinschaft in ihren ersten Jahren als Bundesvorsitzender aufgebaut. Landesvorsitzender Rudolf Herbers trägt heute als stellvertretender Bundesvorsitzender Hamburger Impulse in die aktuelle Arbeit.

4720 der 10641 Hamburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben das 60 plus Alter erreicht. Viele von ihnen arbeiten in der Arbeitsgemeinschaft 60 plus. Alle Hamburger SPD-Kreise haben ihre 60 plus Organisation, auch viele Distrikte. Wer mitmachen will, erhält die richtige Adresse bei Sylvia Mittelstädt in der Landesorganisation: Telefon 28084836 oder E-Mail sylvia.mittelstaedt@spd.de

BRING EUROPA IN BEWEGUNG!

Die Jusos Hamburg starten in den Europawahlkampf

Von Sebastian Jonscher, Landesvorstand Jusos Hamburg

Schon seit einem Jahr steht Europa als politisches Thema bei den jungen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Hamburg auf der Agenda. Nicht nur anlässlich der bevorstehenden Wahl zum Europäischen Parlament, sondern die gesamte vergangene Wahlperiode hindurch haben sich die Jusos europäisch engagiert. Bei zahlreichen Veranstaltungen, insbesondere bei einem mit der AG 60plus gemeinsam durchgeführten Workshop, ist klar geworden, dass Europa zu wichtig ist, als dass man es den Konservativen überlassen könnte. Das gemeinsame Projekt Europa braucht eine starke deutsche Sozialdemokratie.

Unter dem Motto „Bring Europa in Bewegung!“ beginnen die Hamburger Jusos im März ihre Jungwählerkampagne zur Europawahl. Zum Selbstverständnis der SPD-Nachwuchsorganisation in Hamburg hat es immer gehört, mit eigenen Aussagen in den Wahlkampf zu ziehen. Auf ihrer Landesdelegiertenkonferenz am 07. März werden die Jusos ihr „Junges Europamanifest“ verabschieden. Auf dessen Grundlage wird eine vor allem auf das Medium Internet setzende Kampagne bis zum Wahltag am 07. Juni entwickelt. Dar-

in werden eigene Zielgruppenflyer und -broschüren enthalten sein. Auch die Internetseite www.jusos-hamburg.de wird ganz im Zeichen der Europawahl stehen.

Im Kern jedoch werden zwei zentrale Internetfilme stehen, die von den Jusos entwickelt und mit professioneller technischer Unterstützung am vergangenen Wochenende abgedreht wurden. Ein Spot wird unsere europapolitischen Aussagen transportieren, der andere soll junge Leute zum Mitmachen anregen. Europa bewegt sich nur gemeinsam. Filmpremiere ist auf der großen Europa-Kick-Off-Veranstaltung der Jusos am 27. März im „Haus 73“ im Schanzenviertel. Alle Interessierten sind natürlich herzlich eingeladen.

Weitere zentrale Wegmarken des Jugendwahlkampfes werden die Teilnahme am Europamarkt am 25. April auf dem Gänsemarkt und die große Jungwählerparty der Jusos Hamburg am 06. Juni im Mandarin Kasino auf der Reeperbahn sein. Das „Junge Team Europa“ wird während des gesamten Wahlkampfes an der Seite unseres Europakandidaten Knut Fleckenstein kämpfen. Für viele der Veranstaltungen und Events konnten weitere Spitzengenosinnen und -genossen gewonnen werden. ■

SPD LEGT VORSCHLÄGE FÜR BESSERE KINDERBETREUUNG UND MEHR FRÜHE BILDUNG VOR

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat Vorschläge für eine bessere frühe Bildung und Kinderbetreuung erarbeitet. In ihrem Antrag „Kinderbetreuung und frühe Bildung - eine Investition in Hamburgs Zukunft“ fordern die Sozialdemokraten unter anderem eine Ausweitung der kostenfreien Kinderbetreuung, die Abschaffung der Gebühr für das Mittagessen sowie kleinere Gruppen in Kitas, die in sozial schwächeren Vierteln liegen. Zudem soll die Weiterbildung der Beschäftigten in den Kitas verstärkt werden. Bei der Kindergesundheit und den Vorsorgeuntersuchungen geht es der SPD-Fraktion um die im Hamburger Kinderbetreuungsgesetz (KibeG) vorgeschriebenen Untersuchungen, die der Senat auch aus Sicht des Rechnungshofes nur unzureichend durchführt. Ferner unternimmt die Bürgerschaftsfraktion einen neuen Anlauf für die so genannten „U-Untersuchungen“, die in Hamburg weiterhin nicht verbindlich sind. Die „U-Untersuchungen“ und weitere Maßnahmen zu den Allgemeinen Sozialen Diensten (ASD), über Hilfen zur Erziehung und den verstärkten Einsatz von Familienhebammen finden sich in einem zweiten Antrag der Fraktion zum Thema „Prävention“. Die SPD fordert den Senat auf, auch für

Vierjährige bzw. für das vorletzte Jahr vor der Einschulung die Betreuung durch Kita oder Tagesmutter kostenfrei zu stellen. Das bezieht sich auf einen Betreuungsumfang von fünf Stunden mit einem beitragsfreien Mittagessen an fünf Wochentagen. Insbesondere in den sozial schwächeren Stadtteilen sollen die Kitas in die Lage versetzt werden, die Kinderbetreuung in kleineren Gruppen vorzunehmen. „Maximal darf eine Gruppe in diesen Kitas aus 18 Kindern bestehen - bei gleichbleibender Fachkraftstärke pro Gruppe“, sagte die familienpolitische Sprecherin der SPD Bürgerschaftsfraktion, Carola Veit.



SPD-Familienexpertin Carola Veit

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Landesorganisation Hamburg,
Ingo Egloff

V.i.S.d.P.: Karin Timmermann

Redaktion: Bülent Ciftlik

Redaktionsschluss für die kommende

Ausgabe: 16. März 2009

Anschrift: Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg